

BERND GRÖNWALD

**Der Beitrag der Städtebauforschung
zur künftigen Stadt- und Regionalentwicklung
im Gebiet der DDR**

Kurzfassung

Es erscheint notwendig, die Geschichte der Städtebauforschung der DDR aufzuarbeiten, um wichtige Quellen für einen neuen Forschungs- und Planungsansatz zur Stadt- und Regionalentwicklung zu sichern und einzubringen. Bislang durchgeführte wissenschaftliche Veranstaltungen zur Städtebauforschung in den 90er Jahren machen einen beträchtlichen Forschungsbedarf deutlich, der sowohl Grundlagenforschung als

auch empirisch-analytische Forschungsarbeit, die den realen Stadtentwicklungsprozeß begleitet, erfordert. Ein neues Selbstverständnis der DDR-Städtebauforschung erwächst aus dem Aufbau und der Kompetenz der kommunalen Selbstverwaltung, der Länderbildung, neuer Rechtsgrundlagen sowie aus effizienten Beziehungen zwischen Raum- und Stadtentwicklung. Es entspricht dem gewachsenen politischen Stellenwert von Stadt- und Regionalentwicklung, Städtebauforschung in die

Politikberatung einzubringen, wenn diese als wichtige Elemente von Wirtschaftsförderung, ökologischer Erneuerung und sozial-kulturellem Fortschritt begriffen und praktiziert werden sollen.

1. Inakzeptanz der Städtebauforschung für Politikberatung bis 1989

Es gehörte bis Ende 1989 nicht zur Realität der Forschungslandschaft der DDR, Städtebauforschung als prozeßbegleitende und kontinuierliche wissenschaftliche Arbeit mit gesellschaftlicher Akzeptanz auf allen Ebenen zu betreiben, um letztlich politikberatend zu wirken. Trotzdem ist in verschiedenen Bereichen systematisch wissenschaftlich gearbeitet worden, insbesondere an der Bauakademie sowie an den wenigen Fakultäten (sog. "Sektionen") der Hochschulen und Universitäten in der DDR, die sich mit Stadtplanung befaßten. Ein umfangreiches Quellenmaterial, das in der Städteforschung erarbeitet worden ist, bedarf in den nächsten Jahren der Erschließung, um bei der Lösung von Aufgaben unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen verfügbar zu sein. Eine Aufarbeitung der Geschichte der Städtebauforschung erscheint geboten und wichtig, weil sie historische Wurzeln zum Entstehen der heutigen Raumordnungsbedingungen im Verhältnis zur Städtebaupolitik erschließen und erforschen helfen wird. Erste Arbeiten zur Geschichte des Städtebaus¹ geben dazu interessante Aufschlüsse.

2. Folgeschwere Trennung der Territorial- und Städteplanung auch in der Forschung

Zu folgeschweren Problemen für die Stadt- und Regionalentwicklung in der DDR führte die zentral gesteuerte Trennung von Raum- und Städteplanung, die in die Ausgliederung der Territorialplanung aus der Städtebauplanung in den 60er und 70er Jahren mündete². "Städtebau" vollzog sich nach den wirtschaftspolitischen Direktiven über den Apparat der Plankommission und des Bauministeriums sowie als Folge einer sich einseitig profilierenden Baupolitik; die Stadtentwicklung erfolgte somit ohne ausreichende Entscheidungskompetenz der Stadtplaner und ohne Handhabung von demokratisch-öffentlichen Planungsverfahren. Die Städtebauforschung hat im Bereich der Bau- und Städtebaugesetzgebung immer wieder an städtebaurelevanten Gesetzen, Verordnungen und Direktiven zur DDR-Städtebaupraxis mitgewirkt. Ein beträchtliches Forschungspotential konnte kontinuierlich wichtige Problembereiche des Städtebaus im Bezug zur Regionalentwicklung bearbeiten, auch wenn ihm außerordentlich enge Grenzen gesetzt waren. In den Forschungsarbeiten wurde versucht, aus konkreter Kenntnis der Situation in den Städten und ihrer Beziehungen zum Umland sowie im Wissen um den Erneuerungsbedarf der gesamten Bausubstanz dem drohenden Verfall großer Teile städtischer Strukturen entgegenzuwirken. Gleiches gilt für das Bemühen, Stadt-Umland-Problembereiche sowie soziale Widersprüche der Stadt- und Regionalentwicklung in der gesellschaftlichen Diskussion zu thematisieren³.

3. Zu späte Neubearbeitung der Generalbebauungspläne ohne praktische Wirkung

Im Widerstreit zur gesellschaftlichen Praxis profilierte sich erst gegen Ende der 80er Jahre "Stadtentwicklung" als wissenschaftlicher Gegenstand, und "Stadterneuerung" wurde in das

Vokabular der Stadtplanung sowie der gesellschaftlichen Praxis zögerlich aufgenommen. In langwierigen Auseinandersetzungen zwischen Wissenschaft und politischer Führung wurde eine Neubearbeitung der Generalbebauungsplanung der Städte viel zu spät Ende der 80er Jahre⁴ mit dem Ziel einer effizienten Flächennutzungsplanung eingeleitet. Einer extensiven Entwicklung des industriellen Wohnungsbaus nach 1990 wurde entgegengewirkt. Entsprechende Wirkungen auf die Baupolitik und Baupraxis blieben jedoch bis November 1989 aus, weil die realen Erfordernisse des Städtebaus und die gesellschaftliche Situation weder eine evolutionäre Entwicklung noch eine Fortschreibung der alten Baupolitik unter anderen Vorzeichen zuließen.

Auf Initiative des Instituts für Städtebau und Architektur an der Bauakademie der DDR fand schließlich im Januar 1990 ein Symposium "Stadtentwicklung und Gesellschaftskonzeption"⁵ mit dem Ziel statt, die Aufgaben der Stadt- und Regionalentwicklung im Vorfeld der Marktwirtschaft und des Einigungsprozesses beider deutscher Staaten neu zu definieren. Auf diesem Symposium stellten sich erstmals eine Vielzahl tangierender Wissenschaftsdisziplinen sowie Raum- und Stadtplaner der Praxis und eine neue demokratische Öffentlichkeit gemeinsam diesem Gegenstand für das Gebiet der DDR.

4. Städtebauliche Forschungsfelder

Das Symposium vom Januar 1990 macht deutlich, daß während der Übergangsphase des Zusammenwachsens beider deutscher Staaten unterschiedliche Schwerpunkte in den Forschungsanliegen bestehen werden. Besonderer Forschungsbedarf besteht für das Themenfeld der Wirtschaftsförderung im Zusammenhang mit der Stadt- und Regionalentwicklung. Sollen Impulse hier rasch greifen, erhalten Fragen zur Erneuerung und Qualitätssteigerung der technischen und sozialen Infrastruktur; zur Baulandnachfrage und ihrer bodenrechtlichen Regelung bei Investitionen, des weiteren zu sozialen Prozessen sowie zum Umgang mit Ressourcen besondere Prioritäten. Zu den genannten Fragestellungen fehlt bislang ein ausreichender Forschungsvorlauf. Ein spezifisches Aufgabenfeld von Forschung und Planung wird auch die generelle Forderung nach umweltverträglichem und ressourcensparendem Städtebau in Verbindung mit sozialer Verträglichkeit dieser Prozesse beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft eines einheitlichen deutschen Bundesstaates behandeln.

Aufgrund der Einbeziehung der Problemfelder der DDR in die deutsche Forschungslandschaft ergibt sich nunmehr ein neuer Forschungsbedarf für Aufgabenfelder, die im Bundesgebiet im Herbst 1989⁶ überhaupt noch nicht relevant waren. Dieser neue Forschungsbedarf resultiert u.a. aus dem unmittelbaren Übergang von der Planwirtschaft in ein völlig anders strukturiertes und funktionierendes Wirtschafts- und Sozialsystem. Der Städtebau auf dem Gebiet der DDR wird z.B. in den nächsten Jahren durch eine anders geartete Wohnungspolitik als bisher mitgeprägt werden. Dieser Prozeß bedarf Regelungen, die an die Rechtsordnung und die Planungsverfahren der Bundesrepublik nur schrittweise angepaßt werden können. Sie werden sich nicht in einem "Schnelldurchlauf" planerisch und in der sozialen Anpassung realisieren lassen.

Besondere Anforderungen werden an die Erneuerung der technischen Infrastruktur einschließlich der Verkehrssysteme gestellt, da sie für Investitionen auf dem Gebiet der DDR in den nächsten Jahren Priorität besitzen. Forschungsvorlauf

hierfür war bislang kaum möglich. Die technische Infrastruktur zeigt bereits hohe Verschleißerscheinungen, und negative Folgen für Stadtentwicklung, Ökologie und urbane Lebensqualität sind bereits jetzt absehbar. Begleitende analytische Forschungsarbeiten werden zur Realisierung ökologisch effizienter Maßnahmen und zur städtebaulichen Integration des Verkehrs erforderlich sein. Die Schaffung eines angemessenen Niveaus der Kommunikationssysteme ist eine der Voraussetzungen für dringend erforderliche Investitionen.

5. Neues Selbstverständnis für die DDR-Städtebauforschung

Die DDR-Städtebauforschung steht vor einer Auseinandersetzung um ein neues Selbstverständnis zum Beziehungsgefüge von Raum- und Stadtentwicklung. Dabei gilt es, bedeutend komplexere Prozesse als bisher zu betrachten und die Forschungsergebnisse auch neuen Adressaten zu präsentieren: der Öffentlichkeit, den Kommunen und den Ländern; letztlich geht es um Politikberatung im weitesten Sinne. Die bisherige Sichtweise zur "Stadt als Ganzes" als komplexen Forschungsgegenstand zu begreifen, reicht bei weitem nicht mehr aus bzw. ist nicht mehr brauchbar.

Neuer Forschungsbedarf besteht im Bereich "Finanzen und Städtebau", denn es kommt rasch zum Aufbau eines kommunalen Steuersystems zur Entwicklung der Städte und Gemeinden. Besonders zahlungskräftige Kommunen werden die Bildung örtlicher leistungsfähiger Baumärkte fördern. Daneben wird der Wohnungsbau weiterhin in erheblichen Größenordnungen staatlich gefördert werden müssen. Hierzu sind unter den gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen kurzfristig handhabbare Regelungen ebenso gefragt wie längerfristig angelegte Forschungsarbeiten.

Die Thematik der "Stadt- und Regionalentwicklung" stellt sich nicht nur im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels, sondern steht auch in enger Verknüpfung mit der Neubildung der Länder und dem Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung. Ebenfalls bedeutsam ist der zeitgleich laufende Aufbau von Regionalverbänden unterschiedlicher Strukturen. Diese Entwicklung wird sich aus wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gründen sowohl bei der Erneuerung alter Industrie-regionen, z.B. im sächsischen Raum, als auch in länderübergreifenden Räumen, wie in der Region Leipzig-Halle bis hin zum Mansfelder Land, als sinnvoll erweisen. Regionale Verbände werden künftig in der Funktion der "kommunalen Konkurrenz" Bedeutung erlangen und auf einen Ausgleich in der Entwicklung der DDR hinwirken.

Eine Monopolisierung von Forschungsthemen für einzelne Institute wird es künftig nicht mehr geben. Auch auf dem Forschungsmarkt wird es Wettbewerb geben, und gerade Wettbewerb um Ausschreibungen zur Forschungsförderung ist eine neue und ungewohnte Herausforderung für Institute und neue Forschungsstrukturen, die sich in den Ländern auf dem Gebiet der DDR sowie an den Hochschulen und Akademien herausbilden.

Trotzdem bleibt der Anspruch an eine übergreifende und institutionalisierte Grundlagenforschung bestehen, die Zeit und Potentiale aufbringen muß zur Theorienbildung und die auf prozeßbegleitende empirische Untersuchungen aufbauen kann. Eine solche Städtebauforschung ist unverzichtbar in ihrer Einbindung in die laufende Raumbearbeitung.

6. Themen zur Städtebauförderung

Aus bisherigen Diskussionen und Erfahrungen erwächst der Vorschlag, eine regelmäßige Berichterstattung, wie sie zur Raumordnung und zum Städtebau in der Bundesrepublik Deutschland Praxis ist, nicht aus der Sicht bisheriger Wirtschaftsstrukturindikatoren der DDR zu favorisieren, sondern aus den Schwerpunkten und Problemfeldern zur Stadt- und Regionalentwicklung, quasi von unten nach oben aufzubauen. Somit sollte Wirtschaftsförderung vor allem durch Entwicklung der endogenen Potentiale innerhalb der bestehenden baulichen Strukturen der Städte und Siedlungen ermöglicht werden und zu deutlichen Effekten in der ökologischen Erneuerung und der Bildung sozial beherrschbarer Arbeitsmarktstrukturen führen. Hiervon werden entscheidend Tempo sowie Art und Weise der Stadt- und Dorferneuerung in den fünf neuen Ländern und im Raum Berlin beeinflusst werden. Forschungsbedarf besteht neben Fragen zu relevanten Folgen des Strukturwandels der Industrie, zur Einschätzung des Entwicklungsstands und der Perspektiven des klein- und mittelständischen Gewerbes in den Städten sowie zum Abbau von Disparitäten städtischer Lebensqualität zwischen einzelnen Städten, Stadtgrößengruppen und ganzen Regionen innerhalb des Gebiets der DDR. Gleiche oder ähnliche Fragen sind aber auch für den größeren Entwicklungszusammenhang im späteren Gesamtverband der deutschen Bundesländer bzw. im Rahmen der europäischen Entwicklung vorausschauend zu untersuchen. Gerade aus diesem Forschungsbedarf sollten entscheidende Empfehlungen zur staatlichen Städtebauförderung entspringen.

Die allgemeinen Schwerpunkte gezielter Förderung der Stadtentwicklung sind in den letzten Monaten wohl weitestgehend profiliert. Das betrifft die behutsame Erneuerung und Bewahrung vieler denkmalgeschützter Altstadtkerne, die durchgreifende Erneuerung der Industrie- und Gewerbestandortgebiete, die Sanierung von städtischen Mischgebieten vor allem mit Bebauungsstrukturen aus der Gründerzeit, die gezielte Vorbereitung der Sanierung, Funktionsaufwertung und gestalterische Verbesserung der randstädtischen Neubaugebiete aus den 60er, 70er und 80er Jahren sowie die Dorfgestaltung.

Jede Forschungsaufgabe wird sich in der Bewertung ihres Ergebnisses Qualitätskriterien unterziehen müssen. Das betrifft flächen- und kostensparendes Bauen mit nachvollziehbar kalkulierten Preisen für den Markt, die schrittweise Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung nach EG-Vorschriften sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung. Hinzu kommt ein Problempaket von städtebaurelevanten sozialen Fragen für die stadtsoziologische Forschung, die von städtischer Beschäftigungspolitik bis zur Eigentums- und Mietpreisbildung sowie zur Wohnungspolitik im gesellschaftlichen Interessenfeld sozialer Verträglichkeit von Stadt- und Regionalentwicklung reichen.

Abschließend sei noch einmal betont, daß die Städtebauforschung nicht ihren eigentlichen Gegenstand, die Stadt als wesentlichsten und effizientesten Lebensraum der Menschen für ihre sozialen und kulturellen Beziehungen und als Ort der Bewahrung von in Jahrhunderten geschaffener kultureller Werte, aus dem Auge verlieren darf. Allerdings werden neben dem Wirtschaftsstrukturwandel die Bedingungen des Umlan-

des, die regionalen Bezüge und Erfordernisse einer sich abzeichnenden neuen Raumordnungspolitik in Europa sowie die veränderten Kommunikations- und Mobilitätsansprüche in den Städten und Siedlungsräumen die wissenschaftlichen Arbeitsfelder der Städtebauforschung erheblich erweitern, ihre Strukturen verändern und "die Konkurrenz" zur Regional- und Raumforschung in eine neue Qualität der Forschungskooperation und Zusammenarbeit führen müssen.

Anmerkungen

1 Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955-1971. E.A. Seemann (Hrsg.). 1. Aufl. — Leipzig 1988

2 Als Ausnahme muß hierzu die nach 1969 gebildete Sektion Gebietsplanung und Städtebau Weimar angemerkt werden, die aus den ausgegliederten Bereichen "Städtebau" und "Dorfplanung" der ehemaligen Architekturfakultät und "technische Gebiets- und Stadtplanung" der ehemaligen Fakultät Bauingenieurwesen der Hochschule für Architektur und Bauwesen gebildet wurde. Ihre Existenz

und ihr Wirken waren stets heftig umstritten. M.E. ist aber heute positiv zu bewerten, daß hier die Komplexität von Stadt- und Territorialentwicklung in der wissenschaftlichen Arbeit sowie in der Ausbildung erhalten wurde.

3 Städtebauprognose — Städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte, 1987. Bearb.: B. Hunger und Kollektiv. Hrsg.: Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Studie.

4 Richtlinie für die Generalbebauungsplanung der Städte. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 2/1988, S. 17

5 "Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung". Wissenschaftliches Symposium der Bauakademie der DDR. = Bauforschung — Baupraxis 275, Bauinformation 1990

6 Städtebauliche Forschungsaufgaben in den 90er Jahren. Wissenschaftliches Seminar des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und der BfLR vom 26./27.10.1989. In: BfLR-Mitteilungen 6/Dezember 1989, S. 1/2

Prof. Dr. Bernd Grönwald
Schönhauser Allee 115
O-1071 Berlin